

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 18/15-19) des
Ausschusses „Soziales und Bildung“ des Beirates Neustadt am 26.10.2017
Ort: Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, 28199 Bremen
Beginn: 19.00 Uhr **Ende der Sitzung: 21.50 Uhr**

Anwesend: Gunnar Christiansen (beratendes Mitglied), Tabea Feix, Ulrike Heuer, Claudia Kühne (b. M.), Anke Maurer, Rainer Müller, Jens Oppermann (i. V.), Johannes Osterkamp, Britta Schmidt (b. M.)

Fehlend: Sandra Koschel, Conny Rohbeck (e)

Referent_innen/Gäste: Fr. Köster-Gießmann (Senatorin für Kinder und Bildung/ SKB, zu Top 2); Hr. Imholze, Hr. Schilling (beide Senator für Umwelt, Bau und Verkehr/SUBV), Hr. Reetz (Innere Mission), Hr. Schmid (Kulturpflanzen e.V., alle zu Top 3); Hr. Gulbins (SKB, zu Top 4); Vertreter_innen der Grundschulen, aus Kindertages- und anderen sozialen Einrichtungen, der Presse sowie interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Simon Ott-Oghide, beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen

Top 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Es wird darum gebeten, den Top „Neue Schuleinzugsgrenzen im Zusammenhang mit der Helene-Kaisen-Schule“ als Top 2 vorzuziehen.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit der vorgeschlagenen Änderung genehmigt.

Top 2 – Neue Schuleinzugsgrenzen im Zusammenhang mit der Helene-Kaisen-Schule

Die Vertreterin des Bildungsressorts berichtet, dass nach der bald erfolgenden Senatsbefassung demnächst der Gründungsauftrag für die neue Grundschule ergehe. Dieser gelte dann ab dem kommenden Schuljahr.

Für die aktuellen Anmeldungen gelte bereits ein neuer Sprengelzuschnitt. Durch die Schulneugründung verändern sich die Einzugsbereiche der umliegenden Grundschulen. Die zukünftige GS Helene-Kaisen werde ihre Schüler aus dem bisherigen Einzugsgebiet der GS Buntentorsteinweg rekrutieren, dieser wiederum würden einige Straßenzüge zugeordnet, die bislang den GS Kantstraße (südlicher Teil Stadtwerder) und GS Karl-Lerbs-Straße (Straßenzüge entlang Buntentorsteinweg) (s. Anlage 1)¹.

Bei der Zuordnung von Straßenzügen zur neuen Helene-Kaisen-Grundschule wurde auf die Stabilisierung der umliegenden Grundschulen, die Sicherung der sozialen Durchmischung und die Vermeidung langer Schulwege (z.T. unter Einbezug der Straßenbahn) geachtet.

Ausgehend von den aktuell vorliegenden Planungszahlen seien die betroffenen Grundschulen nach der Neuordnung weitestgehend (mit kleinen Reserven) ausgelastet. Die neue Zuordnung wird zunächst für ein Jahr gültig bleiben und ist mit den betroffenen Schulen abgestimmt.

Der Fachausschussprecher schlägt vor, der vorgestellten Zuordnung zuzustimmen.

Beschluss: Der Fachausschuss stimmt den Plänen des Bildungsressorts für eine Neuordnung der Schuleinzugsgrenzen im Zusammenhang mit der neu zu gründenden Helene-Kaisen-Schule zu. (einstimmig)

Aus dem Ausschuss wird die schnelle und reibungslose Abwicklung der Schulneugründung seit den Sommerferien gelobt. Die Schulleiterin der GS Buntentorsteinweg berichtet, dass die Schlüsselübergabe für die Mobilbauten der künftigen Helene-Kaisen-Schule bald stattfinden werde.

Top 3 – Streetworkerprojekt auf dem Lucie-Flechtmann-Platz und in der Gr. Johannisstraße

a) Aktueller Stand der Umgestaltung des Lucie-Flechtmann-Platzes

Die Vertreter des Bauressorts stellen anhand einer Präsentation (s. Anlage 2) die Planungen für die Umgestaltung des Lucie-Flechtmann-Platzes in Anknüpfung an das 2015 durchgeführte Werkstattverfahren vor. Sie erläutern, dass der Platz Teil des Innenstadtkonzeptes sei und weiterhin öffentlich zugänglich bleibe. Für den Platz sei inzwischen ein Nutzungsvertrag (als Zwischennutzung) mit der Initiative Kulturpflanzen e.V.

¹ Legende: blau → GS Buntentorsteinweg, orange → zukünftige GS Helene-Kaisen,

geschlossen worden, in Kürze werde der Platz entsiegelt, d.h. die Pflastersteine entfernt, die Kosten dafür trage das Ressort SUBV. Die Fertigstellung der Arbeiten sei bis ca. Mai-Juli 2018 geplant.

Auf Nachfrage erklären die Ressortvertreter, dass die Stadt für den Fall anderweitiger Nutzungserfordernisse ein Kündigungsrecht habe, ansonsten verlängere sich der Vertrag jeweils automatisch. Sie erklären ausdrücklich, dass es kurzfristig keine anderen Pläne für den Platz gebe und die Stadt die derzeitige Nutzung unterstütze.

Der Fachausschuss bedankt sich bei den Referenten und lobt die sehr konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten, die das als vorbildhaft anzusehende Projekt ermögliche.

b) Erkenntnisse aus der Arbeit der Streetworkerin und weitere Perspektiven

Die Vorsitzende erläutert eingangs, dass die Innere Mission in diesem Jahr mit finanzieller Unterstützung des Beirats ein Streetworkerprojekt am Lucie-Flechtmann-Platz und in der Großen Johannisstraße durchgeführt habe, und zwar von Januar bis August 2017 mit 8 Stunden wöchentlich.

Der Vertreter der Inneren Mission bedauert, dass die Streetworkerin ihre Arbeit schon wegen ihres Fortzugs aus Bremen nicht fortsetzen könne: Der von ihr vorgelegte Bericht (Anlage 3) zeige, dass ihre Arbeit trotz der geringen Stundenzahl ein guter Auftakt gewesen und es der Streetworkerin gelungen sei, überwiegend vertrauensvolle Beziehungen zu den jeweiligen Nutzern aufzubauen. Die beiden Szenetreffe seien unterschiedlich strukturiert, in der Großen Johannisstraße gebe es insgesamt weniger Konflikte.

Die Mitarbeiter der Comeback Drogenhilfe erläutern ergänzend ihr in der Großen Johannisstraße angesiedeltes Angebot, wo seit 1995 ein ausschließlich auf Männer zielendes Methadonprojekt für max. 50 Personen durchgeführt werde. Zudem werde der Szenetreff an der Piepe von Comeback begleitet.

Der Vertreter der Inneren Mission begründet, dass es fachlich dringend erforderlich sei, bei einer Fortführung die bisher zur Verfügung stehende Stundenzahl deutlich aufzustocken, eine halbe Stelle halte er zumindest für geboten. Außerdem regt er an, der Empfehlung der Streetworkerin zu folgen, unter Einbeziehung der Besucher_innen des Szenetreffs einen Unterstand auf dem Lucie-Flechtmann-Platz zu schaffen. Dieser solle als geschützter und selbst verantworteter Aufenthaltsort dienen, einschließlich einer (Dixi-)Toilette.

Der Vertreter des Vereins Kulturpflanzen bestätigt, dass die Arbeit der Streetworkerin dieses Jahr deutlich zur Entlastung der Situation auf dem Platz beigetragen habe. Für die weitere Entwicklung auf dem Platz halte er eine Weiterführung des Projektes für unverzichtbar. Ein Unterstand sei für ihn allenfalls bei entsprechender personeller Begleitung vorstellbar, die seine Initiative, wie sich trotz engagierter Versuche in den vergangenen Jahren gezeigt habe, nicht leisten könne.

Zu berücksichtigen sei auch, dass dann ausreichender Abstand zu den Kinderspielflächen geschaffen werde.

Ein Vertreter des Bauressorts äußert die Sorge, dass durch die Schaffung weiterer Angebote für die Szene (Unterstand) sich die Zahl der Nutzenden erhöhe.

Dazu erklärt der Vertreter der Inneren Mission, dass dies nach seiner langjährigen Erfahrung mit ähnlichen Einrichtungen aller Voraussicht nach nicht der Fall sein werde.

Mehrere Ausschussmitglieder sprechen sich für eine Fortführung des offensichtlich erfolgreichen Projekts aus, sehen aber zugleich die Verantwortung bei der Stadt, die erforderlichen finanziellen Ressourcen bereit zu stellen. Nach ungefährender Schätzung wären ca. 25.000 €/p.a. für die Finanzierung einer halben Stelle aufzubringen. Vor jeder Überlegung über die Schaffung eines Unterstandes müsse unbedingt die personelle Begleitung geklärt werden.

Fachausschuss und Ortsamt werden sich daher mit den Beteiligten zeitnah um eine Klärung möglicher Finanzierungen bemühen.

Top 4 – Schulsozialarbeit – aktueller Stand und Perspektiven

Der Vertreter der SKB erläutert einleitend seine Funktion als Koordinator der Schulsozialarbeit im Bildungsressort und macht deutlich, dass er es aus fachlicher Sicht für sinnvoll erachte, an jeder Schule Schulsozialarbeit anzusiedeln. Da dies aus Geldmangel noch nicht umsetzbar sei, würden die vorhandenen Personalressourcen derzeit basierend auf einem stadtweit von allen Ressorts eingesetzten Sozialindex² verteilt.

² https://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2015-04-08_Drs-18-684%20S_5e0f1.pdf → dort Erläuterung der Indikatoren S. 3f.

Grundlage des Verteilungsschlüssels sei eine mit Hilfe des Sozialindex vorgenommene Unterteilung der Schulen in fünf Stufen unterschiedlicher sozialer Lage, und damit auch unterschiedlicher Förderbedürftigkeit, in der die Stufe fünf die schlechteste und die Stufe eins die beste soziale Lage kennzeichne. Das Bildungsressort habe mit bei Schulen der Stufe fünf mit der Versorgung mit Schulsozialarbeitern begonnen und mittlerweile auch die Schulen der Stufen vier und drei ausgestattet.

In den letzten Jahren seien die Ressourcen für die Schulsozialarbeit wieder deutlich erhöht worden, dennoch gebe es noch Grundschulen, die mit der Zuordnung zu Stufe 2 derzeit noch nicht mit Schulsozialarbeit versorgt seien. Die GS Karl-Lerbs-Straße dürfe aber bei einer nur geringfügigen Aufstockung sicher damit rechnen, ebenfalls eine halbe Schulsozialarbeiterstelle zugeordnet zu bekommen.

Auf Nachfrage teilt er mit, dass in den Schulen, die aufgrund einer Verbesserung der sozialen Situation z.B. von Stufe drei in zwei wechseln würden, die vorhandene Ausstattung mit Schulsozialarbeit erhalten werde. In der GS Oderstraße sei vor einiger Zeit eine Stelle entfallen, die extern und befristet durch Projektgelder finanziert gewesen sei.

Mehrere Eltern und Schulvertreter halten es für dringend erforderlich, für die GS Karl-Lerbs-Straße auch die Größe der Schule bei der Beurteilung für den Bedarf an Schulsozialarbeit zu berücksichtigen. An der angeblich so guten sozialstrukturellen Zusammensetzung in der Neustadt werden deutliche Zweifel geäußert.

Aus dem Fachausschuss wird ergänzend auf die heterogene soziale Zusammensetzung im Stadtteil verwiesen sowie auf die auch in der aktuellen IQB-Studie³ trotz verbesserter Ausstattung deutlich gewordene sozioökonomisch ungünstige Situation in Bremen. Vor diesem Hintergrund fasst der Ausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Im Rahmen unserer heutigen erneuten Befassung mit der Schulsozialarbeit an den Grundschulen in der Neustadt weisen wir als Fachausschuss Soziales und Bildung noch einmal auf die Dringlichkeit unseres einstimmigen Haushaltsantrag vom 16.02.2017 hin⁴.

Wie begründet unser Antrag ist, wurde im Juni dieses Jahres durch die dringende Bitte der Schulleitung der Grundschule Karl-Lerbs-Straße an den Beirat erneut deutlich, die für die Arbeit dort so wesentliche Stärkung durch eine Schulsozialarbeiter_innenstelle an der Schule zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang richteten die Grundschulen Karl-Lerbs-Straße und Oderstraße einen Brandbrief an die Bildungsbehörde, um die nicht mehr hinnehmbare schwierige Situation an den Schulen darzulegen. Auch wenn die Grundschule Oderstraße ab spätestens 01.01.2018 mit einer halben Schulsozialarbeiter_innenstelle ausgestattet werden soll, ist es für uns nicht akzeptabel, dass insbesondere die Grundschule Karl-Lerbs-Straße, als größte gebundene Ganztagsgrundschule in Bremen (!), bei der Bereitstellung von Schulsozialarbeit unberücksichtigt bleiben soll.

Die Ergebnisse der aktuellen IQB-Vergleichsstudie 2016 zu den Grundschulen in Deutschland bestärkt unser Anliegen. Dort wird deutlich, dass der Anteil der sozio-kulturell benachteiligten Schüler_innen in Bremen besonders hoch ist und somit die Notwendigkeit besteht, diese Schüler_innen und ihre Familien auch mit mehr Schulsozialarbeit zu stärken.

Top 5 – Globalmittelanträge ./.

Top 6 – Berichte von Fachausschussmitgliedern

- Das Projekt „Mobile Einkaufswagen“ des Malteser-Hilfsdienst sucht freiwillige Helfer⁵
- 21.11. 10-16 Uhr: Geschenketag im Rosencafé, es wird um Sachspenden gebeten.
- Bericht aus der Seniorenvertretung: Wunsch nach intensiverem Austausch mit dem Beirat. aktuelle Themen dort: Schließung von Bankfilialen, Vereinsamung, Mieterhöhungen nach Wohnungsmodernisierung, Folgen der Digitalisierung, Barrierefreiheit.

³ <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2016/Bericht>

⁴ www.ortsamt-neustadt.bremen.de → Neustadt → Beschlüsse Beirat/FA

⁵ Meldungen an → einkaufswagen@malteser-bremen.de

Top 7 – Berichte des Amtes

- Senator-Willy-Blase-Hauses (AWOintegra): Auf dem diesjährigen Runden Tisch wurde darum gebeten, bei möglichen Störungen der Nachbarschaft durch die psychisch kranken Bewohner_innen möglichst zeitnah die Heimleitung zu informieren, um darauf eingehen zu können. Insgesamt habe sich die Situation im Verhältnis zu früheren Jahren deutlich beruhigt.
- Zur Aufsuchenden Altenarbeit ruft das Sozialressort alle möglichen Interessent_innen zur Abgabe einer Interessenbekundung auf.
- Projekt „Anders leben“: Der Bericht über das auch aus Globalmitteln des Beirats geförderte Kunst-Projekt liegt vor und kann bei Interesse im Ortsamt eingesehen werden.

Top 8 – Genehmigung des Protokolls vom 29.08.2017 (Nr. 17)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt.

Top 9 – Verschiedenes

Einladung des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. zum Volkstrauertrag am 18. November.

Rainer Müller
Ausschusssprecher

Annemarie Czichon
Vorsitz

Simon Ott-Oghide
Protokoll